

09. Okt. 2015

TW

DIE LINKE.

Fraktion Bergisch Gladbach
Rathaus Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

Herrn
Bürgermeister Lutz Urbach
Konrad-Adenauer-Platz 1

51465 Bergisch Gladbach

Bergisch Gladbach, 05.10.2015

Antrag auf Entwicklung eines Handlungskonzeptes zur Schaffung sozialen Wohnraumes in Bergisch Gladbach

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir bitten Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung des Haupt- und Finanzausschusses am 29.10.2015 .15 und des Ausschusses Stadtentwicklung und Planung am 24.11.2015 zu setzen:

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein zielführendes Handlungskonzept zur Schaffung von sozialem Wohnraum in Bergisch Gladbach zu entwickeln

Dabei soll sie sich auch mit folgenden Maßnahmen befassen

1. Aufzeigen generell geeigneter Grundstücksflächen unabhängig von der Eigentumslage
2. Zur Verfügungstellung geeigneter Grundstücksflächen aus städtischem und SEB-Bestand zu Vorzugspreisen für Investoren einschließlich entsprechend ausgerichteter Wohnungsbaugesellschaften
3. Prüfung und etwaiger Ankauf denkbarer brach liegender innerstädtischer Gewerbeflächen im Kontext mit erforderlichen Änderungen des Flächen-Nutzungs- und Bebauungsplanes
4. In diesem Zusammenhang Änderung des Flächennutzungsplanes im Außenbereich nach Maßgabe der neuen erleichternden Richtlinien der Landesregierung zur Erstellung sozialen Wohnraumes.
5. Ermöglichung einer kostengünstigeren Herstellung der Gebäude durch die Reduzierung bisher gültiger bauordnungsrechtlicher Vorschriften im Rahmen der neuen gesetzlichen Landesbestimmungen zur schnellen Schaffung neuer Sozialwohnungen.

5. Ermöglichung einer kostengünstigeren Herstellung der Gebäude durch die Reduzierung bisher gültiger bauordnungsrechtlicher Vorschriften im Rahmen der neuen gesetzlichen Landesbestimmungen zur schnellen Schaffung neuer Sozialwohnungen.
6. Akquisition und Beratung von Investoren unter Hinweis auf die von der neuen Landesregierung neuen freigegebenen Fördermittel für diesen Zweck.

Begründung

Der Mangel an sozialem Wohnraum hat sich durch den großen auf längere Sicht anhaltenden Flüchtlingsstrom auch in Bergisch Gladbach verschärft und es droht ein erheblicher noch stärkerer Verteilungskampf um bezahlbaren Wohnraum.

Am runden Tisch herrscht überfraktionelle Übereinstimmung, dass dringender Handlungsbedarf auch in Bergisch Gladbach besteht.

Die jüngst von der Landesregierung verabschiedeten neuen Richtlinien der Landesregierung und die Bereitstellung erheblicher weiterer Fördermittel für Investoren zum Zwecke einer kurzzeitigen Errichtung neuer Sozialwohnungen erleichtern deren Realisierung erheblich und machen sie auch trotz niedriger Zinsen für Investoren rentabel.

Es ist rechtlich zulässig, städtische Grundstücke auch unter Verkehrswert an Investoren zu diesem Zwecke zu veräußern.

Auch kann nach dem Bundesbaugesetz in einem Bebauungsplan die Schaffung sozialen Wohnraumes festgeschrieben werden.

Der Außenbereich kann in diesem Kontext angesichts des hohen Bedarfs nicht mehr generell für die Grundstücksbeschaffung wie bisher tabuisiert werden.

Angesichts des dringenden Handlungsbedarfes kann nicht bis zum Abschluss des Flächennutzungsplanverfahrens abgewartet werden.

Zielführende und von den Gremien dann beschlossene Konzepte der Verwaltung sollen in das Verfahren eingebracht und vorzeitige denkbare Planänderungen aufgezeigt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Lucie Misini
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende



Rainer Dlugosch
Sprecher für Stadtentwicklung und Planung

